

Türkei genehmigt South Stream

ami. BERLIN, 28. Dezember. Die Türkei hat den geplanten Bau der russischen Gaspipeline „South Stream“ durch das Schwarze Meer genehmigt. Nach Agenturberichten unterzeichnete der türkische Energieminister Taner Yıldız am Mittwoch in Moskau ein Abkommen mit dem russischen Staatskonzern Gazprom. Ohne die Zustimmung der Türkei könnte Gazprom die Leitung nicht durch das Schwarze Meer legen. Sie soll die Ukraine umgehen und gilt als ein Konkurrenzprojekt zu westeuropäischen Pipelinevorhaben, die wiederum das russische Territorium meiden wollen und anders als South Stream von der EU unterstützt werden.

An dem Projekt, dessen Kosten auf mehr als 25 Milliarden Euro geschätzt werden, sind neben Mehrheitseigner Gazprom auch die BASF-Tochtergesellschaft Wintershall, die französische EDF und die italienische Eni beteiligt. Gazprom-Vizechef Alexander Medwedew kündigte an, South Stream werde womöglich nicht wie geplant in Österreich, sondern in Norditalien enden. Der erste Strang der Leitung soll im Dezember 2015 in Betrieb genommen werden. Im Gegenzug für die Erlaubnis des Leitungsbaus in türkischen Gewässern hat Russland der Türkei Gaslieferungen bis 2025 zugesichert. „Wie immer in solchen Fällen ist die finale Übereinkunft das Ergebnis eines Kompromisses, der für beide Seiten akzeptabel und von Vorteil ist“, wurde Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin zitiert.

Allerdings ist die bisherige Verbindung aus Russland in die Türkei, „Blue Stream“, nach Branchenangaben kaum ausgelastet. Auch will die Türkei aus anderen Anrainerstaaten Gas beziehen und damit handeln. Aserbaidschan erwägt derzeit mit Konzernen wie Statoil und BP den Bau einer Gaspipeline vom Kaspischen Meer in die Türkei. Von dort soll das Gas über andere, neue Leitungen über den Balkan („Nabucco“) oder Griechenland und Italien („Trans Adriatic Pipeline“, „Interconnector Griechenland-Italien“) nach Westeuropa gepumpt werden. Alle Pipelinekonzepte haben aber bisher Schwierigkeiten damit, feste Lieferverträge für Gas zu bekommen und ihre Rohre langfristig mit ausreichend Rohstoff zu füllen.

KfW soll Energiewende voranbringen

hpa. FRANKFURT, 28. Dezember. Die von der Bundesregierung ausgerufenen Energiewende steht auch in der staatlichen Förderbank KfW ganz oben auf der Agenda für 2012. Mit Beginn des neuen Jahres erweitert die Bank daher ihr Kreditangebot rund um Energieprojekte. Erstmals können dann auch große Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 500 Millionen und 3 Milliarden Euro Direktkredite von der KfW erhalten, wenn diese Teil einer Konsortialfinanzierung mit anderen Instituten sind. Nach diesem Muster fördert die Förderbank schon heute den Bau von deutschen Meereswindparks. Nun sollen größere Projekte dazukommen, die „zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz“ dienen, Innovationen rund um das Thema Energie zum Ziel haben oder die Nutzung erneuerbarer Energien ermöglichen. Darunter könnte zum Beispiel auch der Ausbau von Stromnetzen und Stromspeichern fallen. Als Teil eines Bankenkonsortiums stellt die KfW dafür zwischen 25 und 100 Millionen Euro zu marktüblichen Konditionen zur Verfügung.

Industrie in Sorge um die Stromversorgung

Industriebetriebe spüren jede kleine Störung im Stromnetz sofort. Angeblich ruckelt es in letzter Zeit häufiger.

Von Andreas Mihm

BERLIN, 28. Dezember. Der Stromausfall traf das Aluwerk in Norf bei Neuss vollkommen unvorbereitet. Bei laufender Produktion fiel die Spannung im Höchstspannungsnetz plötzlich ab. Die Walzen blockierten, das Band hielt an, Stillstand in der Produktion. Acht Stunden, eine Schicht. So lange dauerte es, bis die Arbeiter die Blockade behoben hatten, die Produktion wieder anlaufen konnte. Alunorf beziffert den nachweisbaren Schaden auf 200 000 Euro. Der interne Schaden sei aber höher, heißt es in einem Beschwerdebrief der Geschäftsführung des Mutterunternehmens Hydro Aluminium Rolled Products an die Bundesnetzagentur, der nach Weihnachten auf die Post ging.

Der Spannungseinbruch am 20. Juli war nicht der einzige, den Hydro seit Juli in seinen Werken verzeichnen musste. Zuvor war in der Gießerei in Hannover der Strom ausgefallen. Da der Notfallplan griff, sei ein Millionenschaden vermieden worden. Das Walzwerk Grevenbroich registrierte im Juli zweimal abrupte Spannungsabfälle. Im August legte ein Stromausfall in Rackwitz bei Leipzig die Produktion dreieinhalb Stunden lahm. Mitte Dezember war das Walzwerk in Hamburg betroffen. Hydro beziffert den Schaden hier auf 140 000 Euro.

Schadensersatzansprüche gegen die Netzbetreiber sind schon geltend gemacht. Doch geht es den Hydro-Leuten darum nicht allein. „Eine solche Konzentration von Zwischenfällen stellen wir in den letzten Jahrzehnten nun erstmals fest“, schreiben sie besorgt in dem Brief an den Chef der Netzagentur, Matthias Kurth.

Der hatte noch an Weihnachten die Lage in der Stromversorgung als angespannt, aber sicher bezeichnet (F.A.Z. vom 27. Dezember). Dass die Lage vielleicht nicht ganz so gut ist wie von Kurth dargestellt, könnte an einem Messfehler liegen. Denn in die Fehlerstatistik der Netzagentur gehen nur Stromunterbrechungen ein, die drei Minuten oder länger andauern.

Doch schon kürzere Unterbrechungen können viele Produktionsprozesse nicht vertragen. Schon Mitte November hatte der Vorstandsvorsitzende des Verbands der industriellen Energieverbraucher (VIK), Volker Schwich, „bedenkliche Qualitätsverluste bei der Stromversorgung“ beklagt. „Kurzzeitunterbrechun-



Braucht ohne Unterbrechung Strom: Das Aluminium-Walzwerk von Alunorf in Neuss

Foto dapd

gen im Millisekundenbereich und Frequenzschwankungen führen bereits heute – viel mehr als in früheren Jahren – zu Problemen.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung hin zu „immer niedrigerer Stromqualität mit schädlichen Auswirkungen auf die Produktion der Unternehmen“ werde der VIK ab 2012 selbst Meldungen über Spannungsschwankungen und Produktionsausfälle erfassen. Denn was für Haushaltskunden unangenehm sei, weil Stromunterbrechungen die Pizza in der Kühltruhe oder die Daten der Computerfestplatte bedrohten, sei für industrielle Stromkunden existenzbedrohend. „Bei uns geht es nicht um ein Abendessen bei Kerzenschein, sondern um komplexe Produktionsprozesse, deren Stabilität lange vor einem von der Allgemeinheit bemerkten Blackout bedroht ist“, sagte Schwich. Ähnlich heißt es im Brief der Hydro-Geschäftsführung: „Netz- und Frequenzsicherheit war bisher ein Standortvorteil Deutschlands und ist bei hohen Produktionsanforderungen unverzichtbar. Höchste Produktqualität bedarf höchster Netzqualität.“

Der Subtext solcher Klagen liegt auf der Hand: Kaum hat die Bundesregierung

die alten Kernkraftwerke abgeschaltet und die Beschlüsse zur „Energiewende“ gefasst, da knirscht es im Netz.

Doch die Netzbetreiber, die selbst über eine stark wachsende Zahl regulierender und stabilisierender Eingriffe in den Netzbetrieb stöhnen, weisen einen Zusammenhang mit der Änderung der Energiepolitik zurück. Ein Vattenfall-Sprecher in Hamburg sagt, jedes Jahr registriere man 200 bis 300 Unterbrechungen im 110-Kilovolt-Netz. Die Zahl der Aussetzer sei nicht signifikant angestiegen.

Der das frühere RWE-Netz betreibende Netzbetreiber Amprion sagt auf Anfrage, die Versorgungsunterbrechungen der Aluwerke in Neuss und Grevenbroich seien auf „Arbeiten oder Schaltungen im uns unterlagerten Netz zurückzuführen“. Es bestehe kein Zusammenhang mit der Energiewende. „Bisher gibt es in unserer Regelzone keine Versorgungsunterbrechungen, die ursächlich mit der Situation nach Abschalten der Kernkraftwerke zusammenhängen.“ Man habe „bisher die Lage im Griff“.

Damit das so bleibt, treffen die Netzbetreiber Vorsorge. Gerade der Raum Hamburg gilt seit langem als Problemgebiet. Zwei Atomkraftwerke – Brunsbüttel und

Krömmel – sind endgültig abgeschaltet. Doch das Kohlekraftwerk Moorburg ist noch nicht am Netz, und die neue, auf mecklenburgischem Gebiet längst komplettierte Höchstspannungsleitung nach Hamburg („Windsammelschiene“) harrt auf schleswig-holsteinischem Gebiet weiter ihrer Fertigstellung.

„Sollte das einzige verbliebene Großkraftwerk in der Region, das Kernkraftwerk Brokdorf, wider Erwarten vom Netz müssen und es gleichzeitig eine Kälteperiode sowie wenig bis gar keine Windeinspeisung geben, könnte ein durchaus ernsthaftes Versorgungsproblem im Großraum Hamburg existieren“, heißt es beim zuständigen Netzbetreiber 50Hertz. Der sieht sich für „eventuelle Versorgungsprobleme“ gleichwohl gewappnet. Unter anderem wurden Verträge mit Großabnehmern – also Hüttenbetrieben – geschlossen. Die werden bei Engpässen gegen Entschädigung kurzfristig abgeschaltet, damit die übrige Versorgung aufrechterhalten bleiben kann.

Künftig könnte es für solche Verträge keiner Verhandlungen mehr bedürfen. Das Bundeswirtschaftsministerium will die Details solcher Praktiken in einer eigenen „Abschaltverordnung“ festlegen.

Jeder Zweite wählt die Frührente

Berufstätige arbeiten insgesamt länger / Arbeitsministerium: Kein Zeichen für Altersarmut

svs. FRANKFURT, 28. Dezember. Die Zahl der Menschen, die sich für einen vorzeitigen Renteneintritt entscheiden und dafür Abschläge in Kauf nehmen, ist gestiegen. Wie aus Zahlen der Deutschen Rentenversicherung hervorgeht, bezogen im Jahr 2010 fast 48 Prozent der 674 000 Neurentner eine Frührente, weil sie nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter von 65 Jahren arbeiten wollten. Im Jahr 2000 lag der Anteil noch bei 14,5 Prozent. Im selben Zeitraum stieg das tatsächliche Renteneintrittsalter von 62,3 auf 63,5 Jahre. Die Höhe der Abschläge betrug zuletzt im Durchschnitt 113 Euro.

Über die Gründe lasse sich anhand der Daten keine Aussage treffen, sagte eine Sprecherin der Rentenversicherung. Der Anstieg sei auf Gesetzesänderungen und demographische Effekte zurückzuführen. Ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums wies darauf hin, dass die Zunahme

der Frührenten allein auf den politisch gewollten Anstieg der berufstätigen Frauen sowie auf die Spätfolgen der Wiedervereinigung zurückzuführen ist – in der DDR war die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich höher. Von 2005 bis 2010 stieg die Zahl der Frührentnerinnen um rund 45 000 auf 185 000. Die Zahl der Männer mit Abschlagsrenten sei dagegen kontinuierlich um 44 000 auf 134 000 gesunken.

Für die Wahl einer Frührente gebe es unterschiedliche Motivationen. Häufig stellten Paare gemeinsame Rechnungen an: „Wie viele Abschläge kann man sich leisten, wenn man gemeinsam in Rente gehen will.“ Er widersprach den Aussagen von Gewerkschafts- und Sozialverbandsvertretern in der „Süddeutschen Zeitung“, wonach der Anstieg der Frührentner auf die schlechte Arbeitsmarktlage für Ältere zurückzuführen sei und die zum 1. Januar 2012 beginnende Einfüh-

rung der Rente mit 67 Jahren mangels Beschäftigungsmöglichkeiten auf ein Renten Kürzungsprogramm hinauslaufe. „Hier spricht die Entwicklung eine klare Sprache“, sagte der Sprecher. Zwischen 2005 und 2010 stieg die Erwerbstätigen-

„Heute sind erheblich mehr Ältere erwerbstätig als noch vor zehn Jahren.“

Institut der Deutschen Wirtschaft

quote in der Gruppe der 60- bis 65-Jährigen von 20 auf 41 Prozent. „Heute sind erheblich mehr Ältere erwerbstätig als noch vor zehn Jahren“, konstatiert das Institut der Deutschen Wirtschaft. Auch das staatliche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt zu dem Ergeb-

nis, dass vor allem ältere Frauen heute deutlich häufiger berufstätig sind als früher. Allerdings haben es Ältere noch wesentlich schwerer als Jüngere, eine Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos sind.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles forderte am Mittwoch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf, das Renteneintrittsalter erst anzuhoben, wenn mindestens die Hälfte der über Sechzigjährigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Die Regelaltersgrenze in Deutschland liegt derzeit für Neurentner noch bei 65 Jahren. Wer nach Erreichen dieses Alters in Rente geht, erhält Zuschläge, ansonsten Abschläge. Der monatliche Abschlag beträgt 0,3 Prozent, im Jahr ergeben sich Kürzungen von 3,6 Prozent. Von Januar 2012 an erhöht sich die Regelaltersgrenze kontinuierlich, zunächst jeweils nur um einen Monat.

Weidmann wehrt Vorwürfe gegen die EZB ab

ppl. FRANKFURT, 28. Dezember. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann hat sich erstmals öffentlich zu überraschend hohen Ergebnis der 3-Jahres-Geldausleihe der Europäischen Zentralbank (EZB) für Banken geäußert. Diese sei eine „ungewöhnliche Maßnahme, auch in dieser Höhe“, sagte Weidmann im „Stern“, doch sei sie notwendig, um „den Kreditfluss in die Wirtschaft in Gang zu halten“. Für das Geschäft hatten kurz vor Weihnachten gut 500 Banken geboten und Kredite von 489 Milliarden Euro mit drei Jahren Laufzeit von der EZB erhalten. Sie zahlen darauf den Leitzins, der auf dem Rendekortief von 1 Prozent liegt. Grund für die hohe Nachfrage ist der Liquiditätsbedarf der Banken, die sich wegen der Krise und der gestiegenen Unsicherheit weniger Geld leihen. Weidmann sagte dazu: „Es ist eine Überbrückungshilfe für die Banken, die erst dann wieder gefestigt dastehen können, wenn die Staatsschuldenkrise überwunden ist.“ Zugleich wehrte er die Forderung nach stärkeren Eingriffen der Notenbanken auf dem Anleihemarkt ab. Dies würde die Stabilität der Währung in Frage stellen und die Krise verschärfen.

Unternehmen investieren kräftig

hpa. FRANKFURT, 28. Dezember. Die deutschen Unternehmen machen rund um den Globus gute Geschäfte – und sie investieren auch dafür. Nach Berechnungen der staatlichen Förderbank KfW werden die Unternehmensinvestitionen in diesem Jahr um 8 Prozent steigen, wobei viele Mittel in den Ausbau der Kapazitäten geflossen sind. 2012 werde der Investitionsschwung allerdings deutlich abflachen. Die Schuldenkrise und damit einhergehend der Zwang zum Sparen in vielen Ländern werde für eine Abkühlung der Konjunktur im Euroraum sorgen. In ihrem Hauptstudienbericht rechnet die KfW noch mit einem Zuwachs der Investitionen von 0,7 Prozent, begünstigt auch durch niedrige Zinsen. Dieses Geld wird dann wohl häufiger zur Kostensenkung in den Betrieben eingesetzt. Zudem dürften die Betriebe verstärkt in neue Verfahren investieren, mit denen der Energie- und Rohstoffverbrauch gesenkt werden kann. Immerhin würde auch damit ein Beitrag zum deutschen Bruttoinlandsprodukt geleistet, das die KfW im kommenden Jahr um 1 Prozent wachsen sieht.

Staat lässt Rechnungen besonders lange liegen

ami. BERLIN, 28. Dezember. Der Ingenieurverband VBI beklagt die weiterhin schlechte Zahlungsmoral seiner Kunden. Besonders die öffentlichen Auftraggeber seien bei einer Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen wieder negativ aufgefallen, teilte der VBI am Mittwoch in Berlin mit. 43 Prozent der staatlichen Auftraggeber beglichen ihre Rechnungen erst bis zu drei Monate nach dem vereinbarten Zahlungsziel, 9 Prozent noch später. Leider sehe es bei privaten Schuldnern nur wenig besser aus: Hier benötigen 39 Prozent bis zu drei Monate für die Honoraranweisung, 5 Prozent beglichen die Rechnung erst nach Monaten. Besserung sei kaum in Sicht. So hätten 14 Prozent der Ingenieure bei öffentlichen, 12 Prozent bei privaten Auftraggebern eine Verschlechterung der Zahlungsmoral festgestellt.

WESTLICHES MITTELMEER

REISEN

Schätze des Südens

Inklusive Bordguthaben im Wert von 200 EUR p. P.

Kreuzfahrt auf der EUROPA von Valletta nach Bilbao

Seien es die italienische Lebensart und das atemberaubende Kulturerbe in Rom, die Kunstschätze von Florenz – die Wiege der Renaissance – oder die einzigartigen Jugendstilbauten von Barcelona, sei es die geschichtsträchtige Seefahrerstadt Lissabon oder das baskische Kunstmecca Bilbao: Im Süden Europas entstanden im Laufe der Jahrhunderte überwältigende Städte, die ihren ganz persönlichen Charme ausstrahlen. Auf dieser Mittelmeer-Kreuzfahrt mit der EUROPA offenbart sich die erstaunliche kulturelle Vielfalt des Mittelmeerraumes aus einer außergewöhnlichen Perspektive. Daneben verzaubert auch immer wieder das Flair bezaubernder Inseln wie Korsika, Porquerolles oder Mallorca. Begleitet wird die Reise zudem durch den Kunstexperten Dr. Dr. Volker Gebhardt.

REISEHÖHEPUNKTE

Rom (fakultativ): Mit dem Kolosseum und Forum Romanum ist die italienische Hauptstadt ein Sinnbild der Antike.

Toskana (fakultativ): Neben Florenz beeindruckt in der Region auch die mediterrane Landschaft mit ihren Weinhängen.

Barcelona (fakultativ): Ein architektonisches Meisterwerk in der katalanischen Stadt ist die nach den Plänen des Baumeisters Antoni Gaudí gestaltete Kathedrale Sagrada Família.

Sintra (fakultativ): Gleich mehrere Paläste schmücken den Ort in Südpotugal, darunter der bekannte Palácio Nacional de Sintra.

Bilbao (fakultativ): Die Stadt entwickelte sich in den 90er-Jahren zu einer wahren Kulturmetropole, wie das avantgardistische Guggenheim-Museum des Architekten Frank O. Gehry unterstreicht.

Eingeschlossene Leistungen

- Flug von Frankfurt nach Malta und zurück von Bilbao • Kreuzfahrt in der gebuchten Kategorie inklusive VP an Bord • Bordguthaben von 200 EUR pro Person • Vielfältiges Unterhaltungsprogramm • Frisches Obst und Champagner zur Begrüßung
- Hapag-Lloyd-Reiseleitung an Bord u. v. m.

Reisetermin
26. MAI BIS 09. JUNI 2012

Reisepreise pro Person

AB 6.574 EUR	9.994 EUR
2-Bett-Kabine	Suite zur Alleinbenutzung

Reiseveranstalter Hapag-Lloyd Kreuzfahrten GmbH

Beratung und Buchung:
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr
und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

Ihre Servicenummer
01805 – 01 11 87 (p. Inlandspreise: Festnetz 14 ct/Min., Mobilfunk max. 42 ct/Min.)
E-Mail: exklusive-reisen@tl-t.de

Hapag-Lloyd Tours
Wachtstraße 17–24, 28195 Bremen
Fax 0421 – 322 68 89

Aus dem Hapag-Lloyd Tours Reisemagazin in der FAS
www.faz.net/exklusive-reisen